

Bauvorhaben:

Sanierung und Modernisierung Hiltroper Straße 240 in Bochum

Gewerk:

Neubau des Funktionsgebäudes im
Nachwuchsleistungszentrum

Nachunternehmer:

Anlage 05 Erklärungen zum Nachweis der Eignung des Nachunternehmers

(durch den Nachunternehmer in jedem Fall auszufüllen bzw. Anlagen beizufügen)

- a. Wir / Ich bestätige, dass die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung und der gemeinsamen Entrichtung der Tarifvertragsparteien im Sinne des § 5 Nr. 3 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vollständig entrichtet sind.

☐

Ja

☐

Nein

- b. Wir / Ich sind / bin in das Berufsregister meines Sitzes oder Wohnsitzes eingetragen.

☐

Ja

☐

Nein

- c. Wir / Ich erkläre(n), dass

- ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren ist eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden.

- zu einem Insolvenzverfahren oder einem vergleichbar gesetzlich regeltem Verfahren der Antrag mangels Masse abgelehnt worden oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt worden ist.

☐

Ja

☐

Nein

- d. Unser / Mein Unternehmen befindet sich in Liquidation:

☐

Ja (Liquidation)

☐

Nein (keine Liquidation)

- e. Ich / Wir erkläre/n, dass nachweislich keine schwere Verfehlung (Erläuterung siehe Blatt 3) begangen wurde, die meine / unsere Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt.

☐

Ja (keine Verfehlung)

☐

Nein (schwere Verfehlung begangen)

f. Die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern erfüllen wir ordnungsgemäß:

☐ **Ja** ☐ **Nein** ☐ **Siehe besondere Anlage**

g. Ich / Wir erkläre/n, dass mein / unser Unternehmen sich bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat.

☐ **Ja** ☐ **Nein**

h. Die beigefügten Besonderen Vertragsbedingungen zum TVgG NRW erkenne(n) ich / wir an.

i. Die beigefügte Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG erkenne(n) ich / wir an.

Uns / Mir ist bekannt, dass der Bauherr berechtigt ist, Nachweise / Belege zu den o. g. Erklärungen nachzufordern.

Ort, Datum, Firmenstempel Unterschrift(en) des Nachunternehmers

Schwere Verfehlung:

- Wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB),
- wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a STPO),
- wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO),
- rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten 2 Jahre gegen Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben wegen
 - Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB),
 - Geldwäsche (261 StGB),
 - Bestechung (§ 334 StGB),
 - Vorteilsgewährung (§ 333 StGB),
 - Diebstahl (§ 242 StGB),
 - Unterschlagung (§ 246 StGB),
 - Erpressung (§ 53 StGB),
 - Betrug (§ 263 StGB),
 - Subventionsbetrug (§ 264 StGB),
 - Kreditbetrug (§ 265b StGB),
 - Untreue (§ 266 StGB),
 - Urkundenfälschung (§ 267 StGB),
 - Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB),
 - Delikte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB),
 - wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB),
 - Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB),
 - Brandstiftung (§ 306 StGB),
 - Baugefährdung (§ 319 StGB),
 - Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324a StGB),
 - unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (326 StGB),

die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde.

Besondere Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen

Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen verpflichtet. Die weiteren Vertragsbedingungen bleiben hiervon unberührt. Hierzu vereinbaren die Parteien Folgendes:

1.1 Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen

1.1.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet,

- a) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich
 - eines nach dem Tarifvertragsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages,
 - eines nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages oder
 - einer nach den §§ 7, 7a oder 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Rechtsverordnung unterfällt,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die in dem Tarifvertrag oder der Rechtsverordnung verbindlich vorgegeben werden.

- b) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene (§ 1 Abs. Absatz 3 TVgG) seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des Auftrags wenigstens das in Nordrhein-Westfalen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen nachvollziehen.
- c) bei der Ausführung der Leistung seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) wenigstens ein Entgelt in Höhe des allgemeinen Mindestlohns, nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung zu zahlen. Diese Pflicht gilt auch, sofern das gemäß lit. a) und b) zu zahlende Entgelt das Mindeststundenentgelt nach dem Mindestlohngesetz unterschreitet.

1.1.2 Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass die bei der Ausführung des Auftrags beteiligten Nachunternehmer die in Ziffer 1.1. genannten Pflichten ebenfalls einhalten.

1.1.3 Ziffer 1.1., lit. c) gilt nur, sofern die ausgeschriebene Leistung im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erbracht wird. Ziffer 1.1., lit. c) gilt nicht für Auftragnehmer, die unter § 224 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 sowie § 226 des Neunten Sozialgesetzbuches fallen.

1.2 Kontroll- und Prüfrecht

Der Auftraggeber ist berechtigt, die Einhaltung der unter Ziffer 1.1. genannten Verpflichtungen während der Auftragsausführung zu überprüfen. Hierzu ist der Auftragnehmer verpflichtet,

- (1) dem Auftraggeber auf dessen Verlangen die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, aus denen sich die Einhaltung der unter Ziffer 1.1. genannten Verpflichtungen zweifelsfrei ergibt. Sofern diese Unterlagen personenbezogene Daten enthalten, erfolgt die Vorlage in anonymisierter Form sowie unter Beachtung des Datenschutzrechts.
- (2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen.

1.3 Kündigung aus wichtigem Grund; Vertragsstrafe

1.3.1 Der Auftraggeber kann den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist unter anderem kündigen,

- a) wenn der Auftragnehmer eine Pflicht aus Ziffer 1.1. verletzt,
- b) wenn der Auftragnehmer nicht sicherstellt, dass die Nachunternehmen eine Pflicht aus Ziffer 1.1. einhalten oder
- c) wenn der Auftragnehmer seinen Pflichten aus Ziffer 1.2. nicht nachkommt.

1.3.2 In den in Ziffer 1.3.1. genannten Fällen, verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe, deren Höhe eins von Hundert, bei mehreren Verstößen bis zu fünf von Hundert des Auftragswertes beträgt. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Die Geltendmachung eines weiteren Schadens durch den Auftraggeber ist nicht ausgeschlossen, jedoch wird die verwirkte Vertragsstrafe auf den weiteren Schadensersatz des Auftraggebers angerechnet.

1.3.3 Im Übrigen berühren Ziffer 1.3.1. und 1.3.2. nicht die weiteren Rechte der Vertragsparteien.

§ 19 Abs. 3 MiLoG

Gemäß § 19 Abs. 3 MiLoG müssen Öffentliche Auftraggeber für den Bewerber/die Bewerberin beim Wettbewerbsregister Auskünfte über rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 oder 2 MiLoG anfordern oder von diesen eine Erklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG nicht vorliegen, verlangen.

Ich/Wir erkläre(n), dass

- die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nachweislich nicht vorliegen.
- ich/wir zur Kenntnis genommen habe(n), dass auch im Falle einer Erklärung öffentliche Auftraggeber jederzeit zusätzlich Auskünfte des Wettbewerbsregister nach § 6 Abs. 1 Wettbewerbsregistergesetz in der aktuell gültigen Fassung anfordern können.

Ich/Wir erkläre(n) außerdem, dass mir/uns bekannt ist, dass im Fall der Zuschlagserteilung zwingend ein aktueller Wettbewerbsregisterauszug von der Vergabestelle eingeholt wird.